



Reden

26.10.2016

Thema: Gesetzentwurf Fraktion (FREIE WÄHLER) für ein Bayerisches Partizipations- und Integrationsgesetz

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, den Schaum vor dem Mund hätte es vorher eigentlich nicht gebraucht; denn die Entwicklung ist eigentlich eine andere, und das Thema ist zu ernst, als dass man mit solchen Geschützen auffährt. Ja, es gab Gespräche zwischen der CSU und unserer Fraktion, bei denen wir versucht haben, um das Gesetz der CSU zu ringen und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Es gab Gespräche, und sie sind sogar sehr konstruktiv verlaufen. Daher möchte ich mich an dieser Stelle bei der CSU dafür bedanken, dass sie einige unserer Vorschläge übernommen hat, die jetzt in den Änderungsanträgen der CSU Wirklichkeit werden. Insofern wird das Gesetz der CSU bzw. der Staatsregierung auch ein wenig die Handschrift der FREIEN WÄHLER tragen. Das halte ich für einen Erfolg, und so etwas kommt nicht allzu häufig vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Durch unseren Einfluss wurde aus der Präambel etwas Schärfe herausgenommen, und wir konnten das Ehrenamt einführen und weiter stärken. Eines war für uns ganz wichtig. Vorher war in dem Gesetz von den Kommunen überhaupt nicht die Rede. Das ist erkannt worden, und jetzt steht das Wort drin, wenn auch nicht so, wie wir es uns wünschen, und nicht mit der Bedeutung, die wir ihm beimessen. Aber es steht drin. Auch die Schulpflicht für die Migrantenkinder ist aufgenommen worden. Von daher ist das Ergebnis für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hier im Haus recht passabel. Danke schön, CSU! Allerdings konnten wir am Schluss nicht zusammenkommen; denn wir sehen die Rolle der Kommunen doch entscheidend anders. Eine Integration von Menschen, die zu uns, aus welchen Gründen auch immer, kommen, findet weder in Brüssel noch im Bundeskanzleramt oder in der Staatskanzlei statt.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kollege Streibl, einen kleinen Moment bitte. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Grundlautstärkepegel ist hier einfach zu hoch. Bitte, wir haben hier eine Debatte über die Erste Lesung. Zur Abstimmung kommen wir später. – Bitte, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Danke schön, Herr Präsident. – Ich wollte sagen: Integration findet immer vor Ort in unseren Dörfern, in unseren Städten und in unseren Kommunen statt. Dort sind die Menschen, die miteinander leben werden und leben müssen und die aufeinander zugehen müssen. Das wird von vielen praktiziert, gerade von vielen Helferkreisen, denen an dieser Stelle von Herzen gedankt werden muss. Dort findet Integration statt. Das wurde leider sehr lange übersehen. Wenn man das in früheren Jahren oder Jahrzehnten gemacht hätte, hätten wir heute vielleicht auch andere Sorgen nicht. Dort kommen die Menschen zusammen. Dabei müssen die Gemeinden unterstützt werden, weil das Aufgaben sind, die nicht nur in das normale Gemeindeleben hineinspielen, sondern es vielfach übersteigen, wenn die Herausforderungen so massiv sind wie im letzten Jahr. Hier kommen Gemeinden an ihre

**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**



finanziellen Grenzen. Letztlich ist es eine Verpflichtung des Staates, hier die Gemeinden zu unterstützen, wo es geht. Diese Verpflichtung, die seit dem Jahr 2013 auch in der Bayerischen Verfassung steht, muss mit Leben erfüllt werden. Das war unsere große Forderung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die CSU-Fraktion konnte dieser Forderung leider nicht nachkommen; denn hier war wohl die Konnexität ein rotes Tuch. Hier scheut die CSU-Landtagsfraktion die Konnexität so wie der Teufel das Weihwasser. Das darf in einem Gesetz nicht drinstehen. Daher kamen wir hier nicht zusammen. Deswegen waren die Ergebnisse bei uns in der Fraktion so, wie sie sind. Wir haben gesagt: Dann müssen wir unseren eigenen Gesetzentwurf einreichen, in dem wir diejenigen Dinge verwirklicht sehen, die wir als wichtig betrachten und die wir wollen. Es geht bei dem Ganzen – deswegen möchte ich versuchen, die Schärfe ein bisschen rauszunehmen – um die Zukunft unseres Landes, die Menge an Menschen, die hinzugekommen sind, und die Aufgaben, die wir vor Ort haben. Hier geht es letztlich um die Einigkeit in unserem Land. Es geht darum, dass wir alle Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sind, die wir zusammenstehen und zusammenhalten. Hier an diesem Ort dürfen wir uns am allerwenigsten auseinanderdividieren lassen, sondern wir müssen hier die Weichen stellen, wie sich unser Land in Zukunft entwickelt und wie die Menschen hier letztlich ihr Lebensglück finden, zusammenleben und dann eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Das muss hier geleistet werden. Das dürfen wir nicht aus den Augen lassen. Gerade bei uns in Bayern können sich alle miteinander an die Biertische setzen, zusammen ein Bier trinken und miteinander reden. Hier begegnet man sich auf Augenhöhe. Das sollte man nicht vergessen, sondern wir sollten gerade in Bayern das "Leben und leben lassen" pflegen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr?

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ich beachte sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Allgemeine Heiterkeit)